

Kapitel 5: Die Siegfried-Figur als Ehrenmal oder Mahnmal?

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Entmachtung der nationalsozialistischen Diktatur änderte sich das Totengedenken ein weiteres Mal grundlegend. In diesem Zusammenhang beeinflussten fünf Themenkomplexe die Erinnerungskultur in der jungen Bundesrepublik: der Luftkrieg mit der Bombardierung der deutschen Großstädte, der Tod von über fünf Millionen deutschen Soldaten, die Ungewissheit über Anzahl und Versorgung der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, die Fluchtbewegungen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der Genozid an der jüdischen Bevölkerung.

Unmittelbar nach der Kapitulation 1945 sprachen sich Mitglieder des ehemaligen „Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ für den Antifaschismus aus und distanzieren sich von sämtlichen Eingliederungsversuchen durch das NS-System. Zu diesem Zeitpunkt war der Volksbund provisorisch organisiert und besaß eine Geschäftsstelle in Oldenburg, welche auf die Neugründung unter altem Namen hinarbeitete. Aufgrund seines Engagements, Gräberkarteien herzustellen, Grabnachforschungen im Ausland zu tätigen und die lokale Gräberpflege zu gewährleisten entwickelte sich der Volksbund zu einer unterstützenden Organisation für die alliierten Besatzungsmächte. 1949 etablierte sich der Verein endgültig in diesem Aufgabenbereich, wobei die kontroverse Vergangenheit der Organisation weder von alliierter Seite, noch von deutschen Institutionen in Frage gestellt wurde. Im Mai 1951 errichtete der Verein seine Bundesgeschäftsstelle in Kassel und strukturierte die Ortsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland neu. Auch in Duisburg formierte sich die Ortsgruppe des Volksbunds, die ab 1954 erste Gedenkveranstaltungen im Stadtgebiet organisierte.

In der Nachkriegszeit fand ebenfalls eine intensiv geführte Diskussion um die Wiedereinführung des Volkstrauertags statt. So befahl der Alliierte Kontrollrat die vorläufige Aussetzung des Feiertags, da die NS-Diktatur diesen vornehmlich für den Zweck instrumentalisierte, um „[...] *militärische Ereignisse zu glorifizieren.*“ Doch schon im März 1946 erfolgten in den westlichen Besatzungszonen trotz herrschenden Verbots vereinzelte Gedenkveranstaltungen. Allerdings plädierte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) im Gegensatz zum Volksbund für eine neue Terminierung des Feiertags. Die Kirche vertrat hierbei den Grundsatz, dass es sich bei den gefallenen Soldaten nicht um eine losgelöste Gruppe von Toten handle und das Totengedenken keinen Unterschied zwischen Zivilisten und Soldaten beinhalte. Der Volksbund stimmte hingegen weiterhin für die Durchführung des Volkstrauertags am fünften Sonntag nach Ostern zur Erinnerung an die deutschen Soldaten. Damit versuchte der Verein, die Traditionen seit der Weimarer Republik aufrechtzuerhalten. 1951 schaltete sich das Bundesministerium des Inneren in die Diskussion ein. Innenminister Robert Lehr sowie der Kölner Kardinal Joseph Frings sprachen sich für einen neuen Volkstrauertag im November aus. Schließlich wurde der zweite Sonntag vor dem ersten Advent als neuer Termin für den Feiertag offiziell beschlossen, dem bis heute gültigen Datum in der Bundesrepublik.

Welche Botschaft versuchte der Volksbund nach dem Zweiten Weltkrieg nunmehr am Volkstrauertag zu vermitteln? In der Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ deutete der Verein 1950 den Wert des neuen Feiertags für das Totengedenken: *„In diesen Jahren heißt unser Wille: Zurück zum alten Volkstrauertag als einer Todes- und Lebensfeier des ganzen geeinten Volkes, geeint in seinen gegenwärtigen und vergangenen Generationen, verbunden in unzerstörbarer Liebe mit denen da draußen, die in höchster Ehre für ihre Heimat gefallen sind.“*

Auch nach 1945 beinhaltete die Interpretation des Volksbunds noch immer Parallelen sowohl zur Weimarer Republik, als auch zum Nationalsozialismus. Erneut stand der Feiertag für eine Zusammenführung aller Deutschen. Das vereinigende Gedenken gestaltete sich dabei gänzlich anders aus, als es beispielsweise die radikale NS-Gedenkkultur anstrebte. Jedoch sollte weiterhin eine positive Erinnerung an die toten Soldaten geformt werden, wobei die

soldatische Tugend der Ehre vom Volksbund nicht als kritikwürdig betrachtet wurde. Diese Einstellung hängt wahrscheinlich auch mit den Narrativ der „sauberen Wehrmacht“ zusammen, welches nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere konservative Gruppierungen verbreiteten. Aufgrund ihres Pflichtbewusstseins sei die Wehrmacht für die Ziele der nationalsozialistischen Kriegs- und Vernichtungspolitik gegen ihren Willen politisch missbraucht worden, sodass ihnen nun eine Rehabilitierung in die Gesellschaft zustünde.

Der Begriff des Opfers stellte für den Volksbund erneut einen wichtigen Grundbaustein für das Totengedenken dar. Als „inhaltliche Brücke“ schaffte der Opferbegriff eine Verbindung zwischen der Gedenkkultur aus der Weimarer Zeit bis in die bundesrepublikanische Zeit. Allerdings unterschied sich die Definition des Opfers nach 1945 grundlegend von seiner Deutung vor dem Zweiten Weltkrieg. Nicht mehr das heroische Opfer des Soldaten, der sein Leben für die Befreiung Deutschlands verloren hat, sondern das leidende und unschuldige Opfer als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Herrschaft heraus dominierte die neue Interpretation. Mit Bezug auf das erfahrene Leid im Zweiten Weltkrieg, welches sich durch fast alle gesellschaftliche Gruppen zog, führte der Volksbund als vereinigendes Element für das Totengedenken den Begriff der „Opfergemeinschaft“ ein. Über diesen Begriff wurden verschiedene Kategorien von Opfern zusammengefasst wie beispielsweise zivile Widerstandskämpfer, Bombentote oder eben die politisch missbrauchten Soldaten in der NS-Diktatur. Die Erinnerung an die Toten des Ersten Weltkriegs wurde dabei gezielt vom Verein mit den unterschiedlichen Opfergruppierungen aus dem Zweiten Weltkrieg vermischt, woraus sich in den 1950er Jahren ein mahnendes Gedenken entwickelte. Mit dem charakteristischen Satz „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ erfuhr die Erinnerung an die Kriegstoten und Opfergruppierungen eine neue qualitative Ausrichtung. Die Feierlichkeiten zum Volkstrauertag dienten somit der Erinnerung an die Kriegstoten als Gewaltopfer zur Wahrung und Erhaltung des Friedens als Ziel der Überlebenden. Die Rolle der verschiedenen Opfergruppierungen betrachtete der Verein in den 1950er und 1960er Jahren jedoch stark selektiv. Insbesondere eine kritische Reflexion über die Tätergruppen im Nationalsozialismus blendete der Verein fast vollständig aus. Mit der vom Volksbund geprägten Formel „Der Tod hat alle Unterschiede ausgelöscht“ setzte die Organisation Opfer wie Täter auf eine Stufe. Erst mit dem Generationenwechsel ab den 1970er Jahren und der Beschäftigung von Jugendlichen und jungen Menschen mit den nationalsozialistischen Verbrechen traten weitere Opfergruppen wie die jüdische Bevölkerung oder auch die Sinti und Roma ins öffentliche Bewusstsein, welche der Volksbund in seine Gedenkpraxis allmählich mit aufnahm.

Betrachtet man die Siegfried-Figur auf dem Kaiserberg, so fällt auf, dass auch der Duisburger Erinnerungsort kontrovers diskutiert wurde. Nach 1945 stellten verschiedene Akteure die Frage, welche Botschaft das Denkmal im Rahmen des Totengedenkens vermittelte. So findet sich in den Beständen des Stadtarchivs Duisburg die Mitteilung, dass am Volkstrauertag 1954, „[...] Veranstaltungen mit politischen Tendenzen [...]“ auf dem Ehrenfriedhof stattfanden. An der Siegfried-Figur sollen „[...] Reden gehalten worden sein [...] die mit der Würde des Tages in Widerspruch standen.“ Bei genauerer Betrachtung der am Denkmal niedergelegten Kränze konnten die städtischen Behörden ermitteln, dass es sich bei den Teilnehmenden um Akteure des rechtskonservativen und rechtsextremen Milieus handelte. Der sogenannte „Verband deutscher Soldaten“ trat auf der Gedenkveranstaltung als dominanter Akteur auf. 1951 gründete sich die Gemeinschaft als Zusammenschluss von acht Soldatenverbänden unter der Leitung von Generaloberst Johannes Friessner in Bonn. Mitglieder dieses Verbands waren unter anderem der „Deutsche Soldatenbund“, der „Bund ehemaliger Deutscher Fallschirmjäger“, die „Traditionsgemeinschaft Großdeutschland“, der neugegründete Stahlhelm und „Vertreter der Waffen-SS“. Berücksichtigt man die Teilnehmerlisten am Volkstrauertag in Duisburg, so stellt sich heraus, dass der Verband in den Jahren 1954-1971 kontinuierlich bei Gedenkfeiern auf dem Ehrenfriedhof vertreten war. In ihrer Satzung wird die rechtskonservative Gesinnung des Verbands deutlich, welcher es

sich zur Aufgabe gemacht hat, die „[...] *Pflege der soldatischen Tugenden, die Treue zum ungeteilten Vaterland, die Pflege des Wehrgedankens und der Wehrbereitschaft und die „Pflege und [den] Schutz des Andenkens der in Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflicht gefallenen Wehrmachtsangehörigen zu bewahren.“*

Daneben zeigt sich in der Satzung auch die Verbundenheit zu ehemaligen NS-Strukturen, da der Verband „[...] *eine Organisation zur Wahrung und Förderung kameradschaftlicher, rechtlicher und ideeller Anliegen aller Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht einschließlich der Waffen-SS, der deutschen Bundeswehr und ihrer Hinterbliebenen [ist].“*

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg war die Siegfried-Figur als Erinnerungsort bei Mitgliedern des rechtskonservativen und mitunter neonazistischen Milieus weiterhin von Relevanz. Das Gedenken an die gefallenen Soldaten und Kameraden stand in diesem Fall eindeutig im Vordergrund, zivile Opfergruppen wurden größtenteils ignoriert. Zur Vermittlung eines „Heldengedenken“ spielte das Denkmal für den „Verband Deutscher Soldaten“ eine entscheidende Rolle. Nach 1945 suchten insbesondere rechtskonservative und rechtsextreme Gruppierungen Gedenkorte auf, welche in der NS-Diktatur genutzt wurden und eine ideologische Aufladung erfahren hatten. Der heroisierende Inhalt aus der NS-Erinnerungskultur wurde aufgegriffen und erlaubte es dem rechtspolitischen Milieu, die Sinnstiftung der Toten mit den Attributen der „Heldenverehrung“ zu versehen. Für den „Verband Deutscher Soldaten“ verkörperte die Siegfried-Figur ein spezifisches Ehrenmal, welches durch seine Instrumentalisierung im Nationalsozialismus explizit als Symbol für das erhabene und nationalistische Gedenken stilisiert wurde.



Entgegen der Interpretation der rechtspolitischen Akteure bemühte sich die Stadt Duisburg und der Volksbund zunehmend um ein offizielles, mahnendes Gedenken an der Siegfried-Figur. So berichtete die „Rheinische Post“ 1971 über den Volkstrauertag auf dem Ehrenfriedhof und die Rede, welche Gerhard Hammer als Vorsitzender des Duisburger Kreisverbands gegenüber den anwesenden Teilnehmenden hielt: *„Für mehr Einigung*

zwischen West und Ost, mehr ‚gegenseitiges Verständnis und Vertrauen‘ sprach sich gestern der Vorsitzende der Kriegsgräberfürsorge, Kreisverband Duisburg, Gerhard Hammer aus. ‚Der Wille zum Frieden‘, erklärte Hammer bei einer Trauerfeier aus dem Ehrenfriedhof Kaiserberg, solle ‚das erste Vermächtnis der Toten‘ sein. [...] An ‚missbrauchte Opferbereitschaft und Ideale‘ erinnerte sich die Kriegsgräberfürsorge; um gefallene Widerstandskämpfer gegen den deutschen Faschismus trauerte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. [...].“

Gerhard Hammer stellte seine Ausführungen in einen aktuellen politischen Kontext, nämlich die Entspannungspolitik zwischen den beiden Machtblöcken im Kalten Krieg. Um sich der global angespannten Lage bewusst zu werden, bezog er sich auf die Kriegstoten und deutete ihren Verlust als unwiederbringliches Opfer zur Schaffung von Frieden in unsicheren Zeiten. Ganz an die Interpretationsgrundlage des Volksbunds orientiert, kennzeichnete Hammer die toten Soldaten als Opfergruppe, die schon in Kriegszeiten den Willen zum Frieden aufgebracht hätten, wodurch die gefallenen Soldaten im Rahmen des Ost-West-Konflikts für den Volkstrauertag Erinnerungswürdig wurden. Die „missbrauchte Opferbereitschaft“ suggerierte den Teilnehmenden der Gedenkveranstaltung zudem die Instrumentalisierung der Soldaten für die Ziele der nationalsozialistischen Diktatur und kaschierte dadurch die Verantwortung des Militärs beispielsweise für Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg.

Gerhard Hammer bediente sich in seiner Rede grundlegender Argumente von Willi Thiele, dem Präsidenten des Volksbundes. In einer Erklärung stellte er 1971 die gefallenen Soldaten ebenfalls als „Opfer politischer Tyrannei“ dar und betonte die Möglichkeiten, am Volkstrauertag Position gegen jede Art von Aggression beziehen und der Mahnung der Toten zum Frieden gedenken zu können. Dieser friedensorientierte und demokratiebetonte Standpunkt wurde in der Kranzniederlegung der einzelnen Akteure nochmals betont. Als prominente Repräsentanten der Stadt Duisburg legten Hermann Spillecke und Obergartenbauinspektor Günter Hollweg zusammen einen Kranz an der Siegfried-Figur nieder. Dieser Akt unterstrich die besondere Bedeutung des Totengedenkens für das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Als Mitglied des deutschen Bundestags war Spillecke wesentlich daran interessiert, dass der Volkstrauertag ein mahnendes Gedenken an die Folgen der NS-Diktatur bereithalten und die gemeinsame Erinnerung das Fundament der friedlichen Demokratie stärken sollte. Mit der ebenfalls anwesenden „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ konnten Rede und Kranzniederlegung konkret auf das respektvolle Gedenken gegenüber Opfergruppen im Nationalsozialismus Bezug nehmen und die Siegfried-Figur als mahnender Erinnerungsort gezielt durch die Stadt Duisburg und den Volksbund stilisiert werden.

In den 1980er Jahren entbrannte allerdings eine intensive Debatte um die Feierlichkeiten an der Siegfried-Figur, welche den Duisburger Erinnerungsort langfristig beeinflussen sollte. 1983 organisierte der Volksbund eine weitere Gedenkveranstaltung und verpflichtete hierzu Ludwig Smid als Redner. Smid übernahm als Nachfolger von Gerhard Hammer die Funktion als Kreisverbandsvorsitzender. Einem Bericht der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge sprach Ludwig Smid von „[...] linken und staatszerrüttenden Umtrieben [wobei die] kommunistische Saat der linken Rauschbärte an unseren Schulen und Universitäten langsam aber sicher [aufgeht].“ Mit diesen Worten grenzte sich Smid als Vertreter des Volksbunds gegenüber dem linkspolitisch orientierten Milieu ab und unterstrich zugleich den noch vorhandenen konservativen Charakter des Vereins. Bereits die Studentenbewegungen Anfang der 1970er Jahre und das wachsende, kritische Bewusstsein der jungen Generation gegenüber der deutschen NS-Geschichte zwangen den Volksbund, seine Interpretation zum Totengedenken nochmals neu zu legitimieren. Insbesondere die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr sollte verstärkt werden, damit auf den Feierlichkeiten zum Volkstrauertag ein friedlicher Austausch zwischen Kriegsdienstverweigerern aus dem Lager der Studentenproteste und pflichtbewussten Soldaten erfolgen konnte. Der Grund für diese

Kooperation war mitunter auch eine Maßnahme des Vereins, revolutionäre und kommunistische Meinungen der jungen Generation einzudämmen, welche nicht mit der konservativen Deutung des Totengedenkens vereinbar waren.

1983 richtete sich Ludwig Smid offensiv gegen die junge Generation, die sich im Zuge des Kalten Krieges und der Aufrüstung zwischen den USA und der Sowjetunion nunmehr auch verschiedenen Friedensbewegungen angeschlossen hatte. Ein wichtiger lokaler Akteur war die „Duisburger Friedensinitiative“. Ende 1981 schlossen sich rund 40 kirchliche und parteipolitische Gruppierungen zusammen, um als friedensschaffende Plattform in Duisburg zu agieren. Inhaltlich setzte sich diese Vereinigung mit Fragen der lokalen Beteiligung an der Rüstungspolitik, der regionalen Stationierung von Atomraketen am Niederrhein und einem europaweiten Atomwaffenverbot auseinander.

Die „Duisburger Friedensinitiative“ positionierte sich entschieden gegen die Formulierungen Ludwig Smids. Knapp drei Wochen nach dem Volkstrauertag verfasste die Bewegung ein Schreiben an Oberbürgermeister Josef Krings und übte massive Kritik an der Gedenkveranstaltung auf dem Kaiserberg. Die Friedensinitiative zog aus Smids Rede den Schluss, dass der Volksbund „[...] die *Friedenbewegung in unserem Land in grober Weise diffamieren* [wolle].“ Ein weiterer Kritikpunkt betraf die beteiligten Akteure am Volkstrauertag. Beigefügte Fotografien zeigen zwei Kränze, die am Sockel der Siegfried-Figur niedergelegt wurden. Zum einen der Kranz des Stahlhelms und zum anderen einen Kranz der sogenannten „Nationalen Aktivisten“. Ein weiteres Mal wurde belegt, dass die rechtspolitische Vereinigung des Stahlhelms die Siegfried-Figur erneut aufsuchte, womit sich eine ortsgebundene Kontinuität feststellen lässt. Über drei politische Systeme hinweg war der Stahlhelm entweder direkt an den Feierlichkeiten beteiligt oder indirekt über den „Verband deutscher Soldaten“ auf dem Ehrenfriedhof vertreten. Daneben nutzten die „Nationalen Aktivisten“ als neue rechtsextreme Gruppierung den Erinnerungsort. In einer von der Friedensinitiative publizierten Dokumentation zur Geschichte des Ehrenfriedhofs nennt die Initiative einige wesentliche Informationen über diese neonazistische Vereinigung. So agierten in dieser Bewegung unter Michael Kühnen die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die „Volkssozialistische Bewegung“ und die „Aktionsfront Nationaler Widerstand“ ab Januar 1983 gemeinsam, um unter anderem die Wiederzulassung der NSDAP zu erreichen.



Die Anwesenheit beider rechtsextremer Gruppen veranlasste die Friedensinitiative dazu, den Kaiserberg als „[...] *große Kultstätte nationalistischer Heldenverehrung* [zu bezeichnen].“ Die junge Generation ließ sich nicht mehr in die konservative Erinnerungspolitik als Erziehungsmaßnahme einbinden, sondern emanzipierte sich von der Deutungshoheit des Volksbunds. Das Wissen über die Gedenkpraxis des nationalsozialistischen Systems, welche die Akteure der Diktatur an der Siegfried-Figur unternahmen, sowie die mit dem Denkmal verbundene NS-Ideologie vom heroisierenden „Kampf- und Opfermythos“ führte zu einer kritischen Haltung gegenüber dem lokalen Duisburger Erinnerungsort. Diese distanzierte

Sichtweise war zweifach begründet: Einerseits wurde der Nationalsozialismus entschieden abgelehnt und jeder Bezug zum demokratischen System scharf verurteilt. Andererseits war die aktive Teilnahme von rechtsnationalistischen und neonazistischen Organisationen am Volkstrauertag ein ausschlaggebender Faktor, um sich intensiver mit der NS-Vergangenheit des Ehrenfriedhofs zu beschäftigen. So betrachtete sich die Friedensinitiative in der Verantwortung, demokratiefeindliche Akteure gezielt zu entlarven und ging sogar soweit, sich für eine Veränderung der Anlage zwecks Verhinderung weiterer neonazistischer Identifikationsmöglichkeiten einzusetzen.

Die Kritik war gegen verschiedene gestalterische Elemente auf dem Kaiserberg gerichtet. Konkret forderte die Initiative die Entfernung der beiden Steintafeln am Westausgang des Ehrenfriedhofs, da sie kriegsverherrlichende Texte vermitteln. Ebenfalls sollte auch das Denkmal zur Erinnerung an das 193. Infanterieregiment vor den Toren der Anlage abgetragen werden, da die Inschriften auch das nationalistische Pathos zelebrieren. Schließlich verlangte die Friedensinitiative, die Siegfried-Figur durch ein Duplikat von Wilhelm Lehmbrucks Plastik „Sitzender Jüngling“ zu ersetzen, welche bereits seit 1922 die Anlage zierte. Weitere Informationen zur Geschichte des „Sitzenden Jünglings“ liefert der Videobeitrag auf der Homepage der Duisburger Bürgerstiftung.

Als Grund für diese Forderung nannte die Bewegung die Bedeutung der Siegfried-Figur als Symbol für die heroisierende NS-Erinnerungskultur: „[...] *Die toten Soldaten werden hier nicht als Mahnung gegen den Krieg verstanden, sondern als ‚Helden‘ verehrt. Der Krieg wird nicht geächtet, sondern glorifiziert. Davon zeugt zum einen die dort aufgestellte Statue, die einen grimmig dreinblickenden, muskulösen Jüngling zeigt, der sein Schwert schon halb aus der Scheide gezogen hat, um jederzeit wieder auf seine ‚Feinde‘ losdreschen zu können [...].*“ Für die Friedensinitiative verkörperte die Siegfried-Figur das Gedenken an die Toten in der Tradition nationalistischer Heldenverehrung. Demgegenüber interpretierte die Stadt Duisburg das Denkmal weiterhin als Mahnmal, wie anhand einer schriftlichen Antwort von Josef Krings bezüglich der Umgestaltungsforderungen deutlich wird: „*Ob es sinnvoll ist, Mahnmale abzureißen, darüber sollten wir gründlich nachdenken. Ich habe – wie meine Vorgänger – beispielsweise keine Seiten aus dem ‚Goldenen Buch‘ der Stadt entfernen lassen, weil ich es im Grundsatz für unhistorisch halte, Geschichtsabschnitte auszulöschen oder zu entfernen. Über ihren aktuellen politischen Sinn nachzudenken, erscheint mir – auch politisch – die angemessene Reaktion.*“



Josef Krings schlug somit einen versöhnlichen Weg vor, sich mit den vorhandenen Denkmälern auf dem Kaiserberg zu beschäftigen und die Fülle ihrer Interpretationen kritisch zu hinterfragen. Eine solche Herangehensweise sind für Denkmäler aus den 1920er und 1930er Jahren, die insbesondere durch den Volksbund nach dem Zweiten Weltkrieg als Mahnmal neu interpretiert wurden, wichtig, damit die Bedeutung eines älteren Denkmals für eine neue Generation ohne persönlichem Bezug verortet werden kann. Der Historiker Reinhart Koselleck schreibt diesbezüglich auch, dass „[...] *Formen und Sinnlichkeit, dem geschichtlichen Wandel [unterliegen], aber sie ändern sich offensichtlich in verschiedenen Zeitrhythmen. Daher zerrinnen die Identitäten, die ein Denkmal evozieren soll: teils weil sich die sinnliche Empfangsbereitschaft der angebotenen Formensprache entzieht, teils weil die einmal gestalteten Formen eine andere Sprache zu sprechen beginnen als ihnen anfangs eingestiftet worden war [...].*“

Ein Beispiel für die sich ändernde Formensprache der Siegfried-Figur für die junge Nachkriegsgeneration wurde vom Presseamt der Stadt Duisburg bildlich dokumentiert: Aufgrund der passiven Haltung der Stadtverwaltung bei der Frage zur Umgestaltung des Ehrenfriedhofs wurde das Denkmal 1984 von unbekanntem Akteuren beschmiert. Fotografien des Presseamts zeigen, dass sowohl pazifistische als auch kommunistische Zeichen an den beiden äußeren Säulen des Rondells aufgetragen wurden. Auf dem Sockel des Denkmals steht in großen Buchstaben „Nie wieder Faschismus“ geschrieben. Auf dem Boden vor der Figur waren zudem die Parolen „Nazis raus“ und „Stoppt den Naziterror“ niedergeschrieben worden. Ob es sich bei den Beschmierungen um eine Aktion der Duisburger Friedensinitiative handelte, lässt sich bislang nicht eindeutig beantworten. Allerdings nehmen die geäußerten Parolen direkten Bezug auf die rechtsnationalistischen Akteure, welche die Siegfried-Figur zum Volkstrauertag aufsuchten. Neben dem diplomatischen Weg, die Umgestaltung der Anlage durch einen offiziellen Bürgerantrag zu erreichen, existierte ebenfalls ein radikaler Protest gegen das Denkmal, das aufgrund seiner belastenden Vergangenheit absichtlich beschädigt wurde.

Das Jahr 1985 markierte den Höhepunkt des Streits zwischen der Friedensbewegung und der Stadt Duisburg. Zwar befürwortete die SPD-Fraktion des Stadtrats gemeinsam mit Vertretern der Grünen mittlerweile die Umgestaltungsmaßnahmen, welche sogar die Aufstellung neuer Denkmäler in Erwägung zog, um die Anlage zu einem Ort mahnenden Gedenkens zu gestalten.

Die FDP - Kreisverband Duisburg stellte jedoch einen Bürgerantrag gemäß Gemeindeordnung an den Beschwerdeausschuss der Stadt Duisburg, den „[...] *Ehrenfriedhof auf dem Kaiserberg in Duisburg in seiner jetzigen Form* [...]“ unter Denkmalschutz zu stellen. Hierauf wurde seitens der Stadt Duisburg der Landschaftsverband/Rheinisches Amt für Denkmalpflege als unabhängige Fachbehörde gebeten, den Denkmalwert zu prüfen. Am 14. August 1985 schrieb das Rheinische Amt für Denkmalpflege, dass es sich bei dem Ehrenfriedhof nach den Kriterien des Denkmalschutzgesetzes NRW um ein Denkmal handelt. Das Gutachten hierzu sei aber noch nicht abgeschlossen. Um zu verhindern, dass durch unerlaubte Veränderungen Einbußen am Denkmalwert entstehen, beantragte das Rheinische Amt für Denkmalpflege, die vorläufige Unterschutzstellung durch die Stadt Duisburg. Mit Abschluss und Vorlage der gutachterlichen Stellungnahme beantragte das Rheinische Amt für Denkmalpflege zwei Wochen später die endgültige Eintragung des Ehrenfriedhofs in die Denkmalliste der Stadt Duisburg mit folgender Begründung: *„Der Ehrenfriedhof mit Netzer-Denkmal, (Lehmbruck-Figur) und Gedenktafeln sowie das Regiments-Denkmal vor dem Friedhof sind als zusammengehörende Denkmäler einer abgeschlossenen Geschichtsepoche anzusehen. Sie sind bedeutend für die Geschichte des Menschen, des Ersten Weltkriegs, der Stadt Duisburg und der Friedhofs- und Grabmalkunst sowie für das Œuvre namhafter Künstler. Sie sind erhaltenswert aus wissenschaftlichen und künstlerischen Gründen.“*

Die Stadtverwaltung verfolgte die Unterschutzstellung des Denkmals zunächst nicht weiter, eine Diskussion über eine zeitgemäße Interpretation und eventuelle Veränderung des Denkmals fand aber mit dem Landschaftsverband und den Bürgervereinen weiterhin statt. Allerdings eskalierte mitunter der Umgang mit der Siegfried-Figur und die anfänglichen Beschmierungen wandelten sich in konkrete Beschädigungen. Am 9. November 1985, eine Woche vor dem Volkstrauertag, stellte die Friedensinitiative bei einem Besuch fest, dass der rechte Arm des Denkmals mitsamt Schwert abgesägt wurde. Die „Rheinische Post“ bezeichnete die Attacke als Akt „blinder Zerstörungswut“. Ab diesem Zeitpunkt änderte sich die Bedeutung des Erinnerungsortes



fundamental: Vor dem Hintergrund der Denkmalsdebatte fanden die Feierlichkeiten zum Volkstrauertag nicht mehr an der Siegfried-Figur statt, sondern wurden auf den Waldfriedhof in Wanheimerort verlegt. Die jahrzehntelange Nutzung der Anlage für offizielle Gedenkveranstaltungen fand somit ihr Ende. Dafür entwickelte sich der Ehrenfriedhof ab den 1990er Jahren zu einem inoffiziellen und polarisierenden Ort zwischen Akteuren des links- und rechtsextremen Spektrums um die Deutungshoheit der Siegfried-Figur.

Auswahlliteratur

Archiv für alternatives Schrifttum (AfaS), Bestand 12.III.6, „taubenschlag“. Zeitschrift der Duisburger Friedensinitiativen, Nr. 5, 1983.

Archiv für alternatives Schrifttum (AfaS), Akte Friedensinitiative, Brief der „Duisburger Friedensinitiative“ an Oberbürgermeister Josef Krings vom 5. Dezember 1983.

Archiv für alternatives Schrifttum (AfaS), Akte Friedensinitiative, Protokoll der Organisations-Ausschuss-Sitzung vom 12. August 1985.

Archiv des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Akte Kaiserberg, Ehrenfriedhof, „Die Enkel sagen: nein.“ Eine Dokumentation der DFG/VK Duisburg, Extraausgabe der Friedenspresse, Duisburg 1984.

Stadtarchiv Duisburg, Akte 411/960, Schriftwechsel mit Dezernat IV, Ehrenfriedhof auf dem Kaiserberg 1983-1985.

Stadtarchiv Duisburg, Akte 607/414, Gedenkfeiern am Volkstrauertag 1960-1963.

Stadtarchiv Duisburg, Akte 607/415, Gedenkfeiern am Volkstrauertag 1964-1967.

Stadtarchiv Duisburg, Akte 607/416, Gedenkfeiern am Volkstrauertag 1968-1971.

Stadtarchiv Duisburg, Akte 607/417, Gedenkfeiern am Volkstrauertag 1972-1974.

Stadtarchiv Duisburg, Akte 607/418, Kranzniederlegung am Volkstrauertag 1954-1971.

Stadtarchiv Duisburg, Zeitungsbestand, Rheinische Post, Nr. 2146, 15. November 1971.

Stadtarchiv Duisburg, Zeitungsbestand, Rheinische Post, Nr. 261, 11. November 1985.

Untere Denkmalbehörde Duisburg, 65 DS (Originalakte), Ehrenfriedhof Kaiserberg Bd. II, Antwort des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege Bonn betreffs „Denkmalschutz für den Ehrenfriedhof und Gedenkstein auf dem Kaiserberg“ vom 14. August 1985.

Untere Denkmalbehörde Duisburg, Akte 62-36, 659 Friedhof Kaiserberg, 65 DS (Originalakte), Ehrenfriedhof Kaiserberg Bd. II, Gutachtliche Stellungnahme von Dr. Ruth Schmitz-Ehmke betreffend Ehrenfriedhof und Regiments-Denkmal auf dem Kaiserberg in Duisburg vom 30. August 1985.

Banghard, Karl: Geahnte Ahnen. „Germanische“ Erinnerungsorte, in: Langebach, Martin; Sturm, Michael (Hrsg.): Erinnerungsorte der extremen Rechten, Wiesbaden 2015, S. 61-78.

Dudek, Peter; Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen Kultur, Bd. 1 Opladen 1984.

François, Étienne: Erinnerungsorte zwischen Geschichtsschreibung und Gedächtnis. Eine Forschungsinnovation und ihre Folgen, in: Schmid, Harald (Hrsg.): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis: Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis, Göttingen 2009, S. 23-36.

Kaiser, Alexandra: Der Volkstrauertag ist ein Kunstwerk, an dem wir weiterarbeiten. Kontinuitäten und Brüche in der symbolischen Gestaltung des Volkstrauertages seit der Weimarer Republik, in: Ueberschär, Ellen (Hrsg.): Soldaten und andere Opfer? Die Täter-Opfer-Problematik in der deutschen Erinnerungskultur und das Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, Rehbürg-Loccum 2007, S. 67-82.

Kaiser, Alexandra: Sie wollen gar nicht, dass wir mit lauten Worten sie ‚Helden‘ nennen“. Der Volkstrauertag und der Mythos vom Sinn des Sterbens im Krieg, in: Hein-Kircher, Heidi; Hahn, Hans Henning (Hrsg.): Politische Mythen im 19. und 20. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa, Marburg 2006, S. 63-81.

Kaiser, Alexandra: Von Helden und Opfern. Eine Geschichte des Volkstrauertags, Frankfurt a.M. 2010.

Köhler, Nils: Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“, in: Defrance, Corine; Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“? Deutschland und Europa nach 1945, Brüssel 2010, S. 425-442.

Koselleck, Reinhart: Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: Marquard, Odo; Stierle, Karlheinz (Hrsg.): Identität, München 1979, S. 255-277.

Körper, Hans (Hrsg.): Soldat im Volk. Eine Chronik des Verbandes Deutscher Soldaten (VdS), Wiesbaden 1989.

Maciejewski, Franz: Trauer ohne Riten – Riten ohne Trauer. Deutsche Volkstrauer nach 1945, in: Assmann, Jan; Maciejewski, Franz; Michaels, Axel (Hrsg.): Der Abschied von den Toten. Trauerrituale im Kulturvergleich, Göttingen 2007, S. 245-266.

Wittig, Manfred: „Der Tod hat alle Unterschiede ausgelöscht.“ Anmerkungen zur Geschichte und Ideologie des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge nach 1945, in: Hütt, Michael; Kunst, Hans-Joachim; Matzner, Florian; Pabst, Ingeborg (Hrsg.): Unglücklich das Land, das Helden nötig hat. Leiden und Sterben in den Kriegsdenkmälern des Ersten und Zweiten Weltkriegs, Marburg 1990, S. 91-98.

Reichel, Peter: Helden und Opfer. Zwischen Pietät und Politik: Die Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert, in: Greven, Michael; von Wrochem, Oliver (Hrsg.): Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik, Opladen 2000, S. 167-182.

Schulze, Christoph: „Heldengedenken“. Neonazistische Heldenehrung als Abwehrkampf gegen den Bolschewismus – das Beispiel Halbe, in: Langebach, Martin; Sturm, Michael (Hrsg.): Erinnerungsorte der extremen Rechten, Wiesbaden 2015, S. 177-196.

Bildernachweis:

- (1) Stadtarchiv Duisburg: MdB Günter Spillecke (stehend) setzte sich für ein mahnendes Gedenken an der Siegfried-Figur ein.
- (2) Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung: Ein Gedenkkranz der „Nationalen Aktivisten“, welcher zum Volkstrauertag 1982 an der Siegfried-Figur niedergelegt wurde.
- (3) Untere Denkmalbehörde Duisburg: Konzeptzeichnung für ein Alternativdenkmal, welches die Siegfried-Figur auf dem Ehrenfriedhof ersetzen sollte.
- (4) 1985 Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung: Abgesägter Schwertarm als Reaktion auf die gescheiterten Umgestaltungsmaßnahmen 1985.